



Bei Fusion geht es nur noch um das „Wie“

VG-RAT Ausführliche Debatte über die Zukunft der Region Stromberg / Nicht vor Bürgermeister-Wahl Weichen stellen

Von
Benjamin Hilger

STROMBERG. Noch einmal vor der Wahl fand sich der VG-Rat zusammen, um ausgiebig über die Kommunal- und Gebietsreform zu debattieren. In der vorigen Sitzung war der Antrag der Christdemokraten, „Unsere schöne Verbandsgemeinde Stromberg“, nicht auf die Tagesordnung gesetzt worden. Auf Antrag der SPD wurde die Agenda nun um das Thema „Die Zukunft unserer VG Stromberg gestalten“ ergänzt.

CDU-Fraktionschef Hans-Joachim Schüffner warf Bürgermeisterin Anke Denker (SPD) vor, sie hätte mit ihrer Aussage im Wahlprospekt, in dem eine

mögliche Fusion mit der VG Langenlonsheim thematisiert wurde, der VG Stromberg eine „ungenießbare Suppe eingebrockt“. Die bisherigen Bürgermeister der einst bei ihrer Gründung nicht unumstrittenen VG Stromberg hätten immer dafür gearbeitet, die Verbandsgemeinde in bestehender Form zu erhalten. Man sei bis vor kurzem davon ausgegangen, Denker würde dies auch wollen. Umso größer sei die Verwunderung über die Aussage im Wahlkampf-papier gewesen. Dadurch habe die Bürgermeisterin die eigene VG völlig unnötig in die Diskussion über die Kommunalreform einbezogen. Eine Fusion mit der VG Langenlonsheim würde voll „zu unseren

Lasten gehen“, warnte Schüffner. Etwa mit Blick auf Schulen und Schwimmbäder müsse man mit Veränderungen rechnen. Diese, so unterstellte der Fraktionsvorsitzende, würden sicher nicht in Langenlonsheim erfolgen, denn diese VG müsse ja nicht fusionieren.

SPD: CDU schürt Ängste

Der SPD-Fraktionsvorsitzende Gerhard Keuser fand, dass die CDU durch ihre Auftritte „Ängste geschürt“ habe. Die SPD wünsche sich, die Kommunalreform sinnvoll zu begleiten und die Bürger dabei einzubinden. Man beantrage, den Beschluss, selbstständig bleiben zu wollen, aufzuheben und statt-

dessen zu beschließen, dass Bürgermeisterin und VG-Rat die Möglichkeiten der VG formulieren und Gespräche mit möglichen Fusionspartnern vorurteilsfrei und ergebnisoffen aufnehmen.

Denker sprach sich dafür aus, keine Beschlüsse noch vor der Bürgermeisterin-Wahl zu fassen, sondern danach die Sache in Ruhe anzugehen. Sie bemerkte, dass in einem von der Landesregierung in Auftrag gegebenen Gutachten verschiedene Fusionsmodelle für die VG Stromberg geprüft wurden. Demnach habe eine Fusion mit der VG Rhein-Nahe die größte Priorität. In einer solchen Fusion mit der verschuldeten VG Rhein-Nahe sei Stromberg der

starke Partner, der mit einem schwachen fusioniert. Eine Fusion mit Langenlonsheim hingegen würde bedeuten, dass zwei starke Partner sich zusammenschließen, warb Denker für diese Idee. Die Bürgermeisterin erneuerte ihre Aussage, dass es zum Thema Fusion nicht mehr um das „Ob“ ginge, sondern nur noch um das „Wie“.

Achim Schöffel (CDU) bemerkte, die VG habe nach wie vor die Chance, auch über 2019 hinaus eigenständig zu bleiben. In einem parteihörigen, voraus-eilenden Gehorsam für eine VG Guldenbachtal zu votieren, heiße „die VG Stromberg zu verraten und zu verkaufen“. Man würde damit jeden Verhandlungsspielraum aufgeben.



Nach der Wahl weiter um Fusion ringen

Verbandsgemeinderat In Stromberg prallen die Ansichten zur Zukunft aufeinander

Von unserem Redakteur
Rainer Gräff

■ **Stromberg.** Vier Tage vor der Wahl der VG-Bürgermeisterin trat noch einmal der Verbandsgemeinderat zur öffentlichen Sitzung zusammen. Einzige Tagesordnungspunkte waren zwei Fraktionsanträge mit merkwürdigen Namen, die denn auch zu einer Debatte mit dem Beschluss führten, nichts zu beschließen. Thema war einzig und allein die Frage einer künftigen Fusion der Verbandsge-

meinde im Zuge der rheinland-pfälzischen Kommunalreform – oder aber der Kampf um die Selbstständigkeit als kleine Verwaltungseinheit.

Ausgelöst worden war der politische Zwist durch eine Wahlkampfäußerung der Bürgermeisterin und Kandidatin Anke Denker (SPD). Sie plädiert für Verhandlungen mit der VG Langenlonsheim als starkem Partner, um zukünftig eine gemeinsame Verbandsgemeinde Guldenbachtal zu schaffen. Dieses Ansinnen hatte die CDU-Fraktion mächtig auf die Palme gebracht, gibt es doch einen VG-Ratsbeschluss vom 10. Dezember 2010, laut dem die weitere Selbstständigkeit der Verbandsgemeinde Stromberg erklärtes politisches Ziel ist. Nun schert die Bürgermeisterin aus, und es wird

ANZEIGE

BEILAGENHINWEIS

Einem Teil unserer Ausgabe liegen Prospekte nachfolgender Firmen bei:

**Boecker
Hammer Heimtex-Fachmarkt
Media Markt, Idar-Oberstein**

von ihren Parteigenossen ins Feld geführt, dass die SPD-Fraktion damals gar nicht mitgestimmt habe. Es handelte sich damit quasi um einen einstimmigen Beschluss, an dem nur die CDU-Mehrheit im Rat beteiligt war.

Die CDU hatte bereits einen Antrag mit dem Namen „Unsere schöne Verbandsgemeinde Stromberg“ kurz vor der VG-Ratssitzung vom

18. September gestellt, der aus formalen Gründen nicht behandelt wurde. Jetzt stand er auf der Tagesordnung, ebenso wie der Gegenantrag der SPD namens „Die Zukunft unserer Verbandsgemeinde Stromberg gestalten“.

Es wurden grundsätzliche Positionen zur Selbstständigkeit und zur Fusion ausgetauscht sowie die Rolle der Landespolitik und der Wert der bisherigen Reformen diskutiert. Achim Schöffel (CDU) warf der Bürgermeisterin rechtswidriges Verhalten vor und entschuldigte sich später bei der SPD für eine unkorrekte Behauptung, die Fraktionssprecher Hans-Joachim Schöffner (CDU) und Gerhard Keuser (SPD) erklärten und verteidigten ihre Anträge vehement.

Die Positionen bleiben konträr: Die CDU möchte Stärke zeigen,

die Selbstständigkeit verteidigen und letztlich auf einen Regierungswechsel in Rheinland-Pfalz hoffen, um von ihr erwartete Nachteile für die VG, wie die Abgabe von Kompetenzen und den Verlust von Bürgernähe, zu verhindern.

Die SPD möchte die politischen und demografischen Zeichen der Zeit anerkennen, frühzeitig Weichen stellen und verhandeln, sich verändern statt verändert zu werden und die VG so zukunftsfit und lebenswert machen.

Am Ende war man sich einig, das Thema mit klarem Kopf und ohne Zeitdruck nach der Bürgermeisterwahl weiter zu diskutieren. Waldlaubersheims Ortsbürgermeister Rainer Schmitt zog aus dem Abend sein Fazit: „Es war ein Fehler, dieses Thema in die Bürgermeisterwahl hineinzutragen.“